



Antrag

der Abgeordneten **Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Isabell Zacharias SPD,**

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Thorsten Glauber, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bewährte Standards im Handwerk und den Freien Berufen schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass im Zuge der Evaluierung der Berufszugangsregelungen infolge der Mitteilung der Kommission zur „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“ vom 2. Oktober 2013 in besonderem Maße das Handwerk und die Freien Berufe betroffen sind.

Gerade diese Berufsgruppen stellen eine wichtige Säule der mittelständischen Wirtschaft dar, die für ein hohes Qualitätsniveau, Stabilität in Krisenzeiten und Nachhaltigkeit stehen. Die derzeitige Evaluierung der nationalen Berufsreglementierungen im Rahmen der Berufsqualifikationsrichtlinie ist deshalb kritisch zu betrachten.

Der Landtag unterstützt die Bemühungen des Bundes, sich gegenüber der EU-Kommission für

- die Beibehaltung des Selbstverwaltungssystems und das System der Kammern bei Freien Berufen und Handwerk,
- den Schutz des dualen Ausbildungssystems,
- den Erhalt der Meisterpflicht im Handwerk,
- die Sicherstellung des qualifikationsgebundenen Berufszugangs,
- den Fortbestand des Fremdkapitalverbots bei den Freien Berufen und
- die Gewährleistung der bestehenden Kosten- und Honorarordnungen der Freien Berufe einzusetzen.

Handwerk und Freie Berufe müssen in ihrer über Jahrzehnte bewährten und äußerst erfolgreichen Struktur gestärkt und dürfen nicht geschwächt werden.

Begründung:

Am 25. Februar 2014 hat sich der Landtag mit den Beschlüssen Drs. 17/843 und Drs. 17/845 eindeutig für den Erhalt der Meisterpflicht und die duale Berufsausbildung ausgesprochen. Auch der Erhalt des bestehenden Systems der Freien Berufe erfährt breite Zustimmung in Bayern. Um mögliche Eingriffe seitens der EU in diese Regelungen zu verhindern, ist ein breites Bündnis der Länderparlamente sowie der Bundesregierung herzustellen. Aus diesem Grund positioniert sich der Landtag ganz eindeutig für den Schutz von Handwerk und Freien Berufen in Deutschland.